

Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Abonnements-Preis für Nichtmitglieder 40 Pfg. pro Monat, 120 Pfg. pro Quartal (frei ins Haus). Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 20 Pfg.

Verbands  Organ.

Anzeigen lösen die fünfgespaltene Spalte oben bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt. „ 12 „ „ 50/5 „ „ „ 30 „ „ 50 „ „

Redaktion: F. B. G. Dammeler, Selsenkirchen. Druck und Verlag von F. Brangenberg, Bochum.

Kameraden, agitiert für den Verband und für Eure Zeitung!

Maientraum.

Jah von meinem Lager fuhr ich in der Nacht, Sonderbare Eräume hat der Mai gebracht.

Eughell lag die Kammer in des Mondes Schein, Nachtigallenschlagel Klang vom Birkenhain.

Durch das offene Fenster Drang der Lüfterduft, Sind nun meine Schlüße Spielte Frühlingsluft.

Aber ob ich alles Dieses auch vernahm, Wie ein Doppelleben Es mich überkam.

War's der Maienzauber, Hat's das Mondenlicht — Wonnesein und traurig War mein Traumgestalt.

Sah ein Schloss aufragen Hoch im Aetherblau, Seine Zinnen schimmern Durch die weite Au.

Auch des Schlosses Hallen Konnte ich erschau'n, Sah in Prachtgewänden Herren drin und Frau'n.

Durch die Marmorsäule Jagen sie in Reih'n, Goldbetreffe Diener Boten Speisen, Wein.

Luftig war das Treiben, Luftig auch der Ton, Aber meinem Ohre Klang's wie Spott und Hohn.

Und was meinen Blicken Auch vorüberzog, Ob die Sporen klirrten, Ob die Schleppe flog. —

Echte Menschenliebe Sahen hier leerer Hall, Hochmuth nur und Dünkel Sah ich überall.

Erohige Gesichter Zeigten diese Herr'n, Diesen Frauennagen blieb die Milde fern.

Da — noch wollt' ich schauen Nach dem bunten Trask, Als in Nebelschleieren Mir das Bild zerfloß.

Was ich klar gesehen War verschwunden jach — Von den Marmorsäulen blieb mein Schlafgemach.

Mondlicht überfluthet Lag vor mir der Himm — Was was ich gesehen, Was's ein Maientraum! —

Theil zur Klärung der bez. Punkte beizutragen, was um so notwendiger erscheint, da sich besonders eine Forderung verzeichnet findet, zu welcher prinzipielle und faktische Stellungnahme von deutscher Seite absolut notwendig ist. Wir meinen die Forderung der Belgier und Franzosen: Verstaatlichung der Bergwerke.

Wir wissen aus persönlicher Erfahrung, wie heftig das Wort »Verstaatlichung«, »Übernahme der Betriebe durch den Staat« heute manchem klingt. Auf dem Essener Bergarbeitertag (1894) war es Kamerad Schwandt-Dahlhausen, der mit anerkannter Konsequenz immer wieder forderte: »Wir müssen den Staat zur Übernahme der Gruben veranlassen.« Die abweisende, oft sogar scharf abweisende Haltung des Essener Bergmannstages gegenüber dem Antrag Schwandt war nun wohl unserer persönlichen Ansicht nach richtig, rührte aber wohl nicht allzusehr her aus der richtigen Erkenntnis der Rolle, die der heutige Staat im Wirtschaftsleben einnimmt. Diese Rolle des Staates, speziell des preussischen, in ein helleres Licht zu rücken, wollen wir unternehmen, zum Nutzen und Frommen der Delegierten, die von der deutschen Knappenschaft zum diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress entsandt werden.

Untersuchen wir einmal, welche Rolle der heutige Staat in der Montanindustrie spielt.

Zunächst ist der preussische Staat selbst Besitzer von Hütten und Gruben. Im Saargebiet, in Oberschlesien und im Harz besitzt der preussische Fiskus zahlreiche industrielle Etablissements. Die Frage: Stellt der Staat seine Gruben- und Hüttenarbeiter besser, wie es die Privatunternehmer thun? ist unseres Erachtens zum Ueberflus besprochen und — verneint. Speziell in Oberschlesien hat der Fiskus nicht das gehalten, was man aus Anlaß der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar erwarten durfte. Oder steht eine Verwaltung die sogar — um nichts weiteres anzuführen — noch Frauen zur Grubenarbeit — wenn auch über Tage — zuläßt, auf der Höhe der Zeit? Wird der preussische Fiskus in Oberschlesien allen sozialpolitischen Anforderungen des 19. Jahrhunderts gerecht? Aus eigener Anschauung müssen wir dies bestimmt verneinen!

Im kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar heißt es:

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen

Dieser Wunsch des Monarchen ist heute noch nicht erfüllt worden. Im Gegensatz zu den Staatsbergwerken in Oberschlesien sind verschiedene Bergwerke von Privaten im Ruhrgebiet und anderswo geradezu Musterwerkstätten. In Oberschlesien kennt man noch die 11—12stündige Arbeitszeit, auch auf Staatswerken; im Ruhrgebiet hat man durchweg schon die 8—8½ und 9stündige Schicht. Im Ruhrgebiet sind auf den meisten Gruben Waschkäusen und sonstige Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter getroffen, im Oberschlesien will man im Laufe dieses Jahres, also 6 Jahre nach dem Erlaß des Kaisers, auf der Königin-Luisengrube (Fiskus) eine ausreichende Waschanstalt für die Arbeiter herrichten. Die privaten Gruben Oberschlesiens kennen solche überhaupt nicht, werden aber wohl nun bald dem Beispiel der Staatswerke folgen.

Unsere persönliche Ansicht geht dahin: Hätte der Fiskus in Oberschlesien seine Hütten und Gruben thatsächlich zu Musteranstalten emporgeschwungen, dann hätten die Privatgruben folgen müssen; die jämmerlichen Zustände an der russischen Grenze hätten sich dann auch wesentlich gebessert. Nun aber, wo die staatlichen Werke kein anregendes Beispiel zum Bessern geben, da nahm alles seinen alten erbärmlichen Fortgang. Die Staatsinitiative fehlte, alles blieb beim alten.

Aber der Mensch des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr zufrieden, wenn er nur satt zu essen hat. Er fühlt sich nicht abso.: glücklich bei vollgestopften Mczen, er verlangt nach besserem. Gesellschaftliche Anerkennung, staatsbürgerliche Freiheiten sind weitere Forderungen des modernen Arbeiterstandes. Entspricht nun der moderne Staat diesen Anforderungen im weitestgehenden Maße? Wird der Arbeiter nicht gehindert durch Staatsorgane wenn er sich einer Organisation anschließt? Wird es dem Arbeiter der auf Staatswerken arbeitet nicht verleidet, sich selbstständig um die Tagesereignisse, um Politik zu kümmern?

Auf alle diese Fragen gibt uns Antwort das Verhalten der Staatsgrubenverwaltung im Saargebiet im Jahre 1893. Um den »Rechtshilfsverein« zu vernichten, wurden seine Führer verfolgt, gemahregelt. Und als es dann zum Streik kam, da sperrte man 2500 Bergleute aus. Ein warnendes Beispiel für

diejenigen, welche den heutigen Staat die Regelung ihrer Angelegenheiten anvertrauen wollen.

Wie mit der Behandlung der Saarbergleute durch den Fiskus, so sieht es auch aus, wenn wir uns die staatsbürgerlichen Rechte der Eisenbahn-, Post- und sonstigen Angestellten von Staatsunternehmen betrachten. Herr Thelen und Herr Stephan sorgen väterlich dafür, daß ihren Untergebenen kein »Umstürzler« die Sinne verwirrt. Gar nicht zu reden von den Arbeitern in Militärwerkstätten, deren Rechte bezüglich der Koalitionsfreiheit gleich null sind. Natürlich wird es keinem Arbeiter verwehrt, sich zu organisiren; er mag thun, was er nicht lassen kann, aber der Fiskus und seine Beamten thun dann auch ihren Gefühlen keinen Zwang an.

Es ist überhaupt ein Uebrig von dem heutigen Staat, speziell von dem preussischen Staat und seiner Gesetzgebung etwas ersprießliches für die arbeitende Klasse zu erwarten. Das preussische Abgeordnetenhaus ist auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems — von dem sogar Bismarck als das schlechteste aller Wahlrechte sprach — gewählt. Eine Vertretung der Arbeiter wie wir sie wünschen müssen, findet sich im preussischen Landtag nicht. Die Berggesetzgebung resp. die Beratung der Berggesetznovelle hat dies deutlich gezeigt.

Der große Streik von 1889 hatte eine Reihe von Mißständen im preussischen Bergbau an die Öffentlichkeit gefördert. Es fehlte damals an festen Grundstücken bei Festsetzung der Gebühge; die Bergleute forderten weiterer Anschaffung von geeigneten Förderwagen, oder Bezahlung nach Gewicht, um so das »Nullen« der Wagen zu hintertreiben. Die Strafgelede sollten in Unterstützungsclassen, unter der Verwaltung von Bergleuten stehend, fliegen.

Bezüglich des Gebühges ist den Bergleuten abgeschlagen worden, Einblicke in das Gebühgebuch zu thun. Ein Antrag des Abg. Fische (Centrum) der verlangte, man solle den gebühgeabhängenden Bergmann eine Bescheinigung über den Abschluß geben, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Forderung nach geeignete Förderwagen wurde ebenfalls abgewiesen, in die »Verbesserung« des Berggesetzes nur die Bestimmung aufgenommen, daß der Grubenbesitzer gehalten sei, an seinen Förderwagen deutlich und haltbar das Inhaltsmaß anzubringen. Wie groß der Wagen sein soll, unterliegt also ganz dem Ermessen des Unternehmers.

Die Mitverwaltung der Unterstützungsclassen wurde den Bergleuten durch die »Volksvertreter« gleichfalls nicht bewilligt.

Ganz besondere Beachtung verdienen aber die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses soweit sie die Festsetzung des Magimalarbeitstages betreffen. Zu dieser Materie äußerte sich Abg. Dr. Schulz-Bochum dahingehend, daß er aus Furcht vor Schädigung der Bergleute (!!!) der Festsetzung eines Normalarbeitstages nicht zustimme! (Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Mai 1892. Seite 1687 des stenographischen Berichtes). Als eine Untersuchung über die Arbeitsdauer in den preussischen Bergwerken angeregt wurde erklärte Herr Schulz: eine solche Untersuchung würde — die Arbeiter im Ruhrgebiet sehr beunruhigen!!! (Stenograph. Bericht a. a. D.) Herr Schulz meinte dann noch, man solle »endlich (!) aufhören den Bergbau als Versuchsfeld für soziale Probleme zu betrachten.« (a. a. D.)

Herr Abg. Schulz ist königl. Bergrath, also Kenner der Montanindustrie; er ist auch Vorstandsmitglied folgender Bergwerksgesellschaften und Zechen:

- Bochumer-Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrik;
- Gewerkschaft verein. Charlotte;
- Gewerkschaft verein. Engelsburg;
- Gewerkschaft verein. Franziska Tiefbau;
- Gewerkschaft Fröhliche Morgensterne;
- Gewerkschaft Johann Deimelsberg;
- Gewerkschaft Goldverein.

Nun wollen wir durchaus nicht sagen, Herr Schulz habe im Abgeordnetenhaus als Grubenbesitzer gesprochen und nicht als Bergbeamter, dem die oftmals jämmerlichen Zustände im Grubenbetrieb bekannt sein mußten. Oder sind die neuerlichen Massenerkrankungen nicht Beweis dafür, daß noch recht vieles zu thun ist für den Gesetzgeber im preuss. Bergbau? Wir wollen also den Volksvertreter Schulz, der die Allgemeinheit zu vertreten hat, nicht im Gegensatz bringen zu dem Grubenbesitzer Schulz, der an seine Dividende denkt. Aber wer wollte behaupten, daß ein Mensch so selbstlos wäre, seine ureigenen Interessen im Stich zu lassen, steht er sie bedroht, und sich ganz dem Allgemeininteresse unterordnet? Der Mensch denkt in der Noth zuerst an sich, das ist der natürliche Theil der Selbst-

Zum Programm des diesjährigen internationalen Bergmannskongresses.

Verstaatlichung der Bergwerke. Bei Durchsicht der in Nr. 17 d. Btg. veröffentlichten Programmnummer des genannten Kongresses erschien es uns notwendig, in eine kleine Besprechung der uns am wichtigsten erscheinenden Forderung einzutreten. Wir hoffen dadurch unser

erhaltung, ein Ziel, dem wir alle Kulturereigenschaften ver- danken.

Das einzige was hier zu thun ist wird sein, solche Leute, die an der Gesetzgebung eines Landes so stark persönlich interessiert sind, wie Herr Schulz im Falle der Berggesetzgebung, keine Gelegenheit zu geben, im Konflikt zu kommen mit ihren Pflichten als Abgeordneter und dann als Grubenbesitzer.

In gleicher Lage wie Herr Schulz befand sich Herr Ritter, Abgeordneter und Grubendirektor aus Niederschlesien. — Dieser Mann verteidigte ganz gewaltig gegen die doch ganz geringfügigen Bergmannschuhentzüge, die der Abg. Hghe (Centrum) u. Gen. in der Kommission zur Beratung der Berggesetznovelle gestellt hatte. Er, Herr Ritter meinte, die Bergleute seien zufrieden, würden aber, weil man immer sagte sie seien unzufrieden, thatsächlich unzufrieden!!! Wunderbare Vogll. Ueberhaupt spielte sich Herr Ritter so völlig als Vertreter des Grubentapitals auf, daß ihm der Abg. Vöcker (Centrum) sagen mußte, die Angestellten (Direktoren) von Etablissements seien weit wichtiger auf die Profite verfaßt, wie die Besitzer selbst. Den Normalarbeitstag stellte Herr Ritter hin als das Ergebnis teuflischer Demagogikentfesse.

Auch Herr Schmieding-Dortmund erklärte sich gegen die schwächlichen Verbesserungsvorschläge in der Regierungsvorlage. Er nannte sich »Vertreter eines großen Industriebezirks«. Soweit wir unterrichtet sind, ist Herr Schmieding Vertreter der Dortmunder Grubenhauptleute und deren Anhang, nicht aber Wortführer des ganzen Volkes im Dortmunder Wahlkreis.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist auf Grund seiner Herkunft durch das Dreiklassenwahlrecht durchaus nicht geeignet, sich als Volksvertretung aufzuspielen. 80 Prozent des Volks finden durch das preussische Landtagswahlrecht keine Berücksichtigung. Und doch unterliegen Gesetze, die tief einschneidend sind in das Volksleben der Beschlussfassung des hohen Hauses, so auch die preussische Berggesetzgebung. Eine kleine Anzahl sehr reichlicher Staatsbürger Preussens bestimmt, wer einen Sessel im Landtage drücken soll. Die preussische Berggesetznovelle vom Jahre 1892 zeigt uns, wie unsere »Volksvertreter« ihre Aufgabe auffassen.

Das Vorgehen der Staatsregierung in Sachen der Berggesetznovelle zeigt uns aber deutlich, wie recht wir haben, wenn wir behaupten, die Regierung trage den Wünschen der Unternehmer zu viel Rechnung. Die Vorlage der Regierung wurde von dem Minister für Handel und Gewerbe, Frh. von Berlepsch, nachdem die Kommission — in der die Herren Schulz und Ritter amtierten — ganz bedeutend verschlechternde Änderungen vorgenommen, nicht verteidigt. Herr Berlepsch trat nicht wie bei anderen späteren Gelegenheiten kräftig für sein Werk ein und mußte sich dieshalb vielfache Angriffe seitens des Centrum und des Freisinn gefallen lassen. Kurz und gut, die Regierung war mit den Kommissionsberatungen zufrieden, der »Bergmannsruß« der Herren Schulz und Ritter erlangte Gesetzeskraft.

Herr Ritter hatte gleich in der Generaldiskussion gesagt, der Regierungsentwurf enthalte »nur Rechte für die Arbeiter« (!) Herr Berlepsch widersprach dem und doch verteidigte der Minister später das Kind der Herren Ritter und Schulz, aus dem alle Bergmannsrechte verschwunden. Die Staatsvertreter waren geschlagen, zeigt aber durchaus keinen Schmerz über ihre Schlappe.

Bemerkenswert ist noch, was Herr Berlepsch bezüglich des Normalarbeitstages meinte. Eine Normierung der Arbeitszeit hält der Minister für eine »sozialdemokratische« Erfindung, die zugleich eine »Regelung des Lohnes« im Auge habe. Er beruhigte die Herren Schulz und Ritter über ihre Befürchtungen, als ob die preussische Regierung die Festlegung eines Normalarbeitstages beabsichtige.

Von welchem Geiste bezüglich der Arbeitszelebemessung die Regierungsvorlage überhaupt durchdrungen sind, lehrt uns ein Passus in der auf kaiserlichen Befehl 1889 aufgenommene Enquete über die Verhältnisse in den ober-schlesischen Bergwerken. Dieser Passus besagt »daß eine mehr als 12stündige Arbeitsdauer über das Maß der Arbeitskraft hinausgehe. (!)

Als eine 12stündige Arbeitszeit erscheint den Regierungssozialpolitikern für den Bergbau passend. Kein Wunder, wenn sich hiezu unsere Grubenverwaltungen bemühen, durch allerhand »Tricks« die Arbeitsdauer der Bergleute zu verlängern.

Aus den obigen kurzen Streiflichtern auf die sozialpolitische Wirksamkeit der preussischen Regierung und ihres gesetzgebenden Apparats, wird jeder unschwer ersehen können, wessen wir Arbeiter uns von dem »Vater Staat« als alleiniger Besitzer der Bergwerke zu versehen hätten. Es ist auch noch besonders zu betonen, daß bei der Beratung der Berggesetznovelle der Fiskus und dessen Vertreter, Herr Minister v. Berlepsch selbst an dem Ausgang der Gesetzesänderung interessiert war. Der Staat ist ja der Bergwerksbesitzer. Wenn nun seine Vertreter die Sache der Bergleute, die sie in den Regierungsentwurf wenigstens in Form von »Vorschlägen« den Schulz-Ritter'schen Knappentzug ihre Kraft verleihen, so sagt dies jaug.

Und dann auch: wäre der Fiskus nicht mit den Herren Schulz und Ritter einverstanden gewesen und nur der Noth sich beugend, dem Knappentzug ihre Zustimmung gegeben, dann wäre dies dem Fiskus ein Weg übrig, seine Fürsorge für den Bergmann zu beweisen. Man konnte alle von dem Abgeordnetenhaus vertworfenen Verbesserungen selbstständig und ungehindert auf den Staatsgruben einführen!

Das ist nicht geschehen, die Staatsgruben sind nicht als »Versuchsfelder für soziale Probleme« genommen worden und jeder weiß nun, wie er mit der Bergmannsfreundlichkeit des preuss. Fiskus daran ist.

Wir denken, dies genügt zur Aufklärung derer, die den Staat gerne als »Allein-Bergwerksbesitzer« sehen möchten.

Was wir hier von dem preussischen Staat als Arbeitgeber sagten, das gilt auch für die anderen Staaten. B. V. in Oesterreich hat uns das Ministerium Falkenhayn gezeigt, wie trefflich sich die Larisch, Nothschild, Wlzed und Gen. gegen »jeden Eingriff in ihre Rechte« zu wahren wissen. Besser, sie brauchten sich gar nicht zu wehren, der Falkenhayn und sein famoser »Montanausschuß« wußten gar nicht, wie zuvorkommend sie jene hohe Herren behilflich sein sollten, die österreichischen Kameraden zu knechten. Der Falkenhayn faßte seine Rolle als Minister für die Larisch und Nothschild recht vollendet auf, was alles Gute erwarten läßt, sollte der österreichische Fiskus einmal die Gaubenproben in Mährisch-Strau u. ablösen.

Wer aber denkt, in Frankreich sei es unbedenklich, der »republikanischen« Regierung das Wohl der Bergleute anzuerkennen, der kennt eben die in der Wölle gefärbten kapitalistischen republikanischen Bourgeoisregierung nicht. Derselbe Faden wie in Preußen-Deutschland und Oesterreich, nur eine andere Nummer.

Für Belgien braucht man nur auf die Vertommnisse bei den Streiks in dem Charleroi Kohlenbecken, die Militärarrestgeboten, den hauernden Säbel und die schließende Pforte hinzuwelken, um auch den belgischen Staat in seiner kapitalistischen »Glorie« erscheinen zu lassen.

Der Staat ist der größte Kapitalist und seine Organe, seine Vertreter, entstammen Kreisen, denen das Fühlen und Denken mit der Arbeiterklasse immer mehr abhanden kommt. Sie nennen das was der Arbeiter gerecht nennt, ungerecht; was dem Arbeiter selbstverständlich dünkt, das ist in den Augen der sozial Höhergestellten ein unbilliges Verlangen.

Dieser Abstand in dem Empfinden des Gesamtvolkes ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung und niemanden vermögen wir die Schuld daran zuzumessen.

Der Arbeiter soll aber wohl überlegen, ob er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, einer Forderung zuzustimmen, die ihn dem größten und gewaltigsten Kapitalisten, dem kapitalistischen Staat, in die Hände liefert. Er läme, stimmte er zu, von dem Regen in die Traufe. Eine Uebernahme der Bergwerke u. durch den Staat kann nur dann für den Arbeiter Vorthell bringen, wenn dieser Staat eine Vertretung des Gesamtvolkes darstellt. Erst Einfluß im Staat haben und dann diesem zum Brodherrn machen.

Unsere Kameraden werden gut thun, dem belgisch-französischen Antrag in Sachen ihre Zustimmung zu versagen.

Auf die andern Programmpunkte kommen wir in nächster Nr. d. Btg. zu sprechen.

Staatshilfe für das Kohlen Syndikat.

Schon vor kurzem wiesen wir im Verbandsorgan auf die Bestrebungen der vereinigten Zechen hin, durch Tarifermäßigung der Bahnfrachten der ausländischen Konkurrenz erfolgreich noch wie bisher zu begegnen. Man wandte sich an den preussischen Minister für Eisenbahnen, Herrn Thiele, um diesen den Syndikatswünschen gefällig zu machen, erhielt aber eine abschlägige Antwort.

Nach Meldung der Zechenblätter handelte es sich bei der Forderung der Frachtermäßigung schlangweg nur um die englische Konkurrenz, die vornehmlich in Holland dem Syndikat der Ruhrzechen Abbruch zu thun drohte. Man forderte also die Frachtermäßigung, von beiläufig gesagt, 1,20 Mk. pro Doppelwagen, unter der Devise: Schutz und Förderung der nationalen Arbeit. Bei Nichterhalt dieser »Schutz« aber ganz eigenhändig aus. Es handelt sich ganz einfach um eine Stärkung der Monopolstellung des Ruhrkohlen Syndikats auf dem Kohlenmarkte, was wir deutlich zeigen werden.

Am 11. d. d. »Industrie« (Fachzeitung für Kohlen- und Kalkbergbau) vom 11. März 1896 nimmt ein Kenner der einschlägigen Verhältnisse das Wort, um die Entstehung der Forderung der holländischen Kohlenkonsumenten gegen das rheinisch-westfäl. Kohlen Syndikat klarzulegen. Der Gewächsman der »Industrie« stellte die Sachlage kurz folgendermaßen dar: Bisher bestanden für den Vertrieb rheinisch-westfäl. Kohlen in Holland zwei Gruppen. Die erste setzte sich zusammen aus 8 Großfirmen, ansässig in Holland, die anderen gehörten alle in den Ruhrhäfen ansässigen großen Kohlenhändler an. Die erste Gruppe brachte ihren Bedarf durch Extrazüge per Bahn auf den holländischen Markt, deren Preise sehr günstig standen. Die zweite Gruppe hatte nicht den Vorthell günstiger Bahnfrachten und mußte daher ihr Absatzgebiet auf diejenigen holländischen Provinzen (Umburg, Nordbrabant, Zunderland, Utrecht usw.) beschränken, welche von den oben genannten Extrazügen nicht berührt wurden.

Am 1. April d. J. übertrug nun das Syndikat der Ruhrzechen den Alleinvertrieb der Ruhrkohlen für Holland an ein Konsortium von 6 Firmen, die früher an den Extrazügen theilnahmen. Die erwähnte zweite Gruppe der Kohlenhändler fällt jetzt ganz weg, was für diese Firmen, die zum Theil große geschäftliche Verbindungen nach Holland hatten, schwer schädigend ist. Aus Mangel über das Gebahren des Syndikats werden nun diese Händler auf ihre ehemaligen Käufer dahingehend einwirken, daß sie gegen die Syndikatskohle opponieren.

Soweit der Autor der »Industrie«, dessen Ausführungen wir wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach wiedergaben. Alles übrige kann man sich leicht hinzudenken.

Das Syndikat überträgt das Recht des Alleinverkaufs seiner Produkte an einige Großhändler. Diese nutzen ihr Monopol so aus, wie eben ein jeder Monopolist sein »Recht« ausübt: Zum Schaden der von dem Großhandel abhängigen Kleinändler und Konsumenten. Eine Konkurrenz durch die zweite Verkaufsguppe haben die Herren nicht mehr zu fürchten, daher werden die Kohlenpreise, ohnedem durch das Syndikat erhöht, noch gesteigert. Ob der Konsument will oder nicht — er muß Kohlen haben und daher die hohen Preise an die Monopolherren im Kohlenhandel zahlen. Diese Leute sitzen im Krüben, schneiden Haken aus dem Leder anderer Leute, was ja sehr gut gehen soll.

Aber ein Ausweg bleibt es noch für den holländischen Kohlenkäufer: Er wendet seine Kundenschaft der englischen Kohle zu. Dies ist nun schon thatsächlich theilweise geschehen

und daher das Gesetz der Interessenten über die englische Konkurrenz.

Ermäßigte Frachten für den Eisenbahntransport her! So schreit der Chorus der Zechenbesitzer und die holländischen Monopolherren lauern gespannt, ob der preussische Staat ihnen — wir meinen allerdings auch die holländischen Großkohlenhändler — hilft.

Wenn der Staat die Kohlen des Syndikats um 1,20 pro Doppel-Waggon — dies ist die Differenz zwischen englischen und deutschen Kohlenpreis — befördert, dann können die »Minneheers« ihre Kohlen um diese Summe billiger verkaufen, machen den gleichen Profit wie früher und schlagen die englische billigere Kohle aus dem Felde. Das Syndikat braucht ebenfalls keine Preisermäßigung eintreten zu lassen, behält seine Profite — beiden Theilen ist geholfen durch den preussischen Fiskus, will heißen durch die Steuerkraft des ganzen preussischen Volkes!

Wahrhaftig ein sauberes Plan, würdig der Zeit eines »Antrag Kanth«, eines Petroleum- und Schwelkenringes. Den Sädel der deutschen Zechenbarone und der holländischen Kohlen-großhändler zu füllen aus dem Steuerkädel des preussischen Staates, das heißt ein Geschäft!

Und mit welchen Drohungen unsere sonst »loyalen« Grubenbesitzer ihre Staatsprämie durchdrücken wollen! Da wird in dem Geschäftsbericht des Syndikats gesprochen von dem jedenfallsigen Ausfall des holländischen Kohlenabfahes, wenn keine Tarifermäßigung für Kohlenfrachten eintritt. Dieser Ausfall würde eine Entlassung von 1500 Bergleuten bedingen, so rechnete ein Kohleninteressent in der »Rhein-Westf. Zeitung« aus. Also schnell her mit der Frachtermäßigung, andernfalls erleidet der »Volkswohlstand« eine schwere Schädigung. Das sind dieselben Leute, deren Devise ist: Deutschland, Deutschland über alles!

Erbaulich — wirklich erbaulich! Und da schreibt die »Industrie« (Nr. 11) Leitartikel: Kohlen Syndikat und öffentliche Meinung noch stolz gegen die Agrarier und deren Hunger nach Staatssubventionen. Als wenn die hier in Rede stehende Frachtermäßigung für Ruhrkohlen nicht auch eine Staatshilfe für die millionenreichen Grubenbesitzer wäre.

Abstrichlich drucken wir »für die Grubenbesitzer« gesperrt, denn nicht einen Pfennig, der durch die eventl. eintretenden Frachtermäßigungen gethätigten Gewinne würde den Bergarbeitern zu gute kommen. Den Lesern des Verbandsorgans brauchen wir nicht mehr an dieser Stelle zu erläutern, wie das Syndikat auf die Bergmannslöhne wirkt. An zahlreichen Beispielen ist von uns zur Genüge dargelegt, wo der erhöhte Gewinn des Bergbaus seinen Abfluß findet.

Eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für Kohlen würde einzig und allein ein Geschenk für die Kohlenbarone und holländischen Großhändler bedeuten. Würde die Monopolstellung in der Kohlenindustrie, zu gut Deutsch: Die Ausbeutung der Kohlenkonsumenten durch die Produzenten und Händler, noch mehr in die Wege leiten. Wie heute aber die Dinge liegen, können wir absolut nicht wünschen, daß das preussische Volk — denn dieses würde in erster Linie in Frage kommen — den streitenden Grubenaktionären und deren Hintermännern die Taschen noch mehr wie bisher füllen. Hoffentlich predigt das Syndikat bei dem preussischen Eisenbahnminister noch weiter tauben Ohren.

Die feindlichen Brüder.

Mit großem Bedauern müssen wir berichten, daß uns in letzter Zeit fortwährend Klagen der einzelnen Kameraden zu Ohren kommen, wonach sie von einigen Beamten in der Grube auf alle mögliche Art und Weise schikanirt werden. Als Hauptgrund oder besser gesagt aus dem Anlasse, weil die Kameraden unserer Organisation angehören. Ausdrücke wie »Moth« oder dergl. Schmeicheleien sollen an der Tages-Ordnung sein. Wir können nicht umhin, uns vor die Frage zu stellen, aus welchem Grunde, oder mit welchem Recht, und mit welchem Interesse geschieht dieses? Mit welchem Recht? Nun wir werden dabei im Einverständnis aller gebildeten Menschen handeln, wenn wir sagen: Ein Recht für derartige Verhandlungen giebt es überhaupt nicht, giebt es überhaupt unter den Menschen nicht, die gesittete Kultur nur streifend berührt haben. Aber nun noch erst solche Verhandlungen von einer großen Anzahl Beamten, den Vorgesetzten der Arbeiter, die doch thatsächlich ein Vorbild für denselben sein sollen, die ihn durch ein anständiges Betragen, von setzen oft noch an das rohe grenzende Benehmen befreien sollen, um ihn so zum nützlichsten Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu erziehen, — das ist für jeden wahren Menschenfreund empörend. Sie, die so oft auf ihren höheren Bildungsgrad pochen, sie, die noch sogar Standesbezüge beanspruchen, indem sie der Arbeiter mit Herr anreden muß, sind die Vererber solcher Thaten, — das ist verabscheulich. — Für uns Arbeiter aber erklärt sich bis zur Evidenz, daß ein Beamter, der uns zeigt, daß er sittlich oder moralisch unter uns steht, überhaupt keinen Anspruch hat, von uns als Vorgesetzter betrachtet zu werden. Man gehorcht nur der Noth der Zeit, wenn man zu Dingen, die einen oft zuwider sind, stillschweigen muß.

Mit welchem Interesse aber geschehen derartige Schimpferien, Bedrohungen, Verfolgungen und Maßregelungen von den Grubenbeamten, wenn auch nicht von allen, so doch von der größten Mehrzahl, gegen die organisirte Bergarbeiterchaft? Wenn wir nicht wußten, daß Dummheit und Stolz auf einem Holz wüchsen, so könnten wir noch verzweifeln, aber das organisirte Beamte, zusammengethan in ebensolchem Verbände, wie ihn die Arbeiter besitzen, die letzteren noch wegen ihrer Zugehörigkeit zu solchem mit allerhand Schereien belästigen, daß geht über alle Vernunft. Beamte, die sicher darauf rechnen müssen, daß die Zeit nicht mehr allzufern ist, wo sie ihre Organisation ein gar kräftiges Wort mitsprechen lassen müssen, um ihre Existenzbedingungen nicht auf das niedrigste Niveau sinken zu lassen. Haben wir hiermit zu viel gesagt? Ein aufmerksamer Beobachter wird uns Recht geben müssen, daß wir hiermit nicht zu pessimistisch geredet haben. Wer heute offene Augen für unser modernes Produktions-system hat, wer weiß, oder am besten wer am eigenen Leibe erfahren hat, was in diesem Angebot und Nachfrage für große Wirkungen in sich bergen, wird mit uns sagen, daß eine Zeit kommen wird, wo man den Lohn oder das Gehalt der Grubenbeamten gerade so versuchen wird herabzudrücken, wie es heute mit dem Lohne der Bergarbeiter geschieht. Nur ist für das allmächtige Kapital die Zeit noch nicht reif, solches zu thun. Noch hat sich Angebot und Nachfrage auf dieser Seite nicht geregelt, aber die Zeit ist nicht mehr fern, wo solches bestimmt geschehen wird, wenn nicht aller Ansehen trügen sollte. Aber er kann nicht trügen, zu sichere, ganz bestimmt zu berechnende Anzeichen sprechen dafür.

Wer heute sich einmal ein Bild davon machen will, wie sich das Angebot der Beamten zu mehreren versucht, der besuche die Ausgänge der Bergschulgebäude, wenn die Unterrichtsstunden sich schließen. Welche Masse von jungen, mit jährlich besseren Fachkenntnissen versehenen Schüler werden beobachtet werden

Jahrbuch. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab die Beiträge nur am 1. und 2. Sonntag nach den 15. jeden Monats beim Abtragen der Zeitung einfließen werden.

Litterarisches.

Bei der Redaktion eingegangene Bücher und Zeitschriften. Die hier angeführten Bücher und Zeitschriften können sämtlich durch unsern Verlag bezogen werden.

- Die Neue Zeit. No. 20. (Stuttgart S. G. W. Metz.)
- Soziale Praxis; Nr. 30. Zeitschrift für Sozialpolitik.
- Die Freimaurerei. Von Joh. Sassenbach. Ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung. 1896. Preis 40 Pfg.

Briefkasten.

An zahlreiche Einsender. Eure Einsendungen mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Quittung.

Ueberschüsse aus den öffentlichen Vergarbeiter-Versammlungen. Serie 4.—
Für den Agitationsfonds beim Malausflug in Herten 2.— Mr. S. Brangenberg.

Versammlungs-Kalender der Zahlstellen.

In allen Versammlungen werden Beiträge entgegengenommen und können sich neue Mitglieder anmelden.
Am 10. Mai finden nachfolgende Versammlungen statt:
Altwater. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Karl Wippler als Vertrauensmann für die dortige Zahlstelle ernannt ist. Derselbe ist befugt gegen Einkleben von Duktionsmarken die Beiträge einzulassen.
Bochum 2. Bei Witwe Gahnefeld, Hermannshöhe.
Brackel. Nachmittags 5 Uhr bei Wirth Rosenberg.
Widern. Jeden 10. und 25. des Monats Zahltag. Der Vot Franz Jessel, Apothekerstraße 4a ist berechtigt, Beiträge und Aufnahmen entgegenzunehmen.
Bruch. Jeden Monat vom 5. bis 10. werden die Beiträge eingeholt.
Dellwig-Holte. Nachmittags 4 Uhr, bei G. Schönebeck.
Dortmund 5. Mittags 12 Uhr, beim Wirth Wemhöfner, Sunderweg.
Fellhammer. Vor und nach der Versammlung des Knappens-Vereins.
Gerthe-Holthausen und Giltrop. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn August Bruch zu Gerthe bei Beche & Söhlingen.

Hamme. Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Bäder an der Maarbrüne.
Herte. Jeden Sonntag nach den 5. und 20. jeden Monats, Nachmittags 6 Uhr, bei Wirth Bonim.
Hammethal und Umgegend. Beim Wirth Dverrath. Die Mitglieder werden ersucht, die Beiträge und Abonnementsgelder pünktlich zu zahlen, da sonst die Zeitung entzogen wird.
Landskron. Nachmittags 4 Uhr.
Marten. Nachmittags 4 Uhr, beim Wirth Klessmann.
H.-Stäter.
Schnee. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Seyermann.
Vornholz und Durckholz. Unsere Zahlstelle tagt bei Wirth Kroniger.
Rothenbach. Die Zahlstelle tagt bei Wirth Vorthel.
Wetrich. Einlassung der Beiträge durch den Vertrauensmann.
Wetrich. Sowohl beim Empfang der Zeitung wie auch vor und nach den jeden Sonntag nach den 15. des Monats stattfindenden Versammlung.

Wir ersuchen uns von allen Versammlungen (Verbands- sowie öffentliche Vergarbeiter-Vers.) sofort Berichte einzusenden.

Abrechnung der Hauptkasse für das I. Quartal 1896.

Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 7. Januar bis 12. April inkl.

Altwater	16,80	Hohwege	18,30
Mischerleben	25,35	Holzweide	6,2
Altenessen	15,—	Homburg a. Rh.,	13,—
Altenhof (Ruh)	1,80	Jucharde	20,—
Altenbochum	6,—	Kaltenhardt	59,70
Annen	40,—	Langendreer	100,40
Barop	45,—	Laer	49,—
Bärenhof	15,—	Uindenhofst	20,10
Bochum 1	19,10	Uinden	22,—
Bochum 2	10,50	Uiebersdorf	9,80
Borbeck	13,—	Uütgendortmund und	
Bochholt	18,70	Urengeldanz	49,20
Brackel	30,—	Uückenberg	59,10
Braubaueschaft	10,—	Uarten	55,—
Brechen	23,—	Uülhelm 1	4,80
Brechenfeld	10,80	Uülhelm 2	10,—
Bruch	80,—	Ueufelwih	39,14
Caternberg	15,30	Ueiberich	55,—
Calbe a. d. S.	8,20	Ueu-Salzbrunn	110,60
Dahlhausen 1	37,20	Uiederbonsfeld	19,75
Dahlhausen 2	40,80	U.-Stäter	3,60
Dellwig-Holte	50,—	Uberhausen	39,00
Dortmund 2	25,—	Uholz	34,—
Dortmund 3	9,50	Uebel...	15,—
Dortfeld	29,95	Uberhermsdorf	154,80
Eidel	70,80	Uber-Waldenburg	96,74
Eichlinghofen	100,—	Uecklinghausen	33,40
Ende	39,60	Uemte	6,30
Eppendorf	10,—	Uothhausen	37,—
Essen	38,70	Uothbach	68,—
Essen 1	49,20	Uidinghausen	14,50
Essen 2	10,—	Uonnebeck	13,20
Fellhammer	128,20	Uönebeck	12,70
Felsenbruch	10,80	Uöbtele	96,60
Fulerum	20,40	Uhnee	47,30
Gelsenkirchen	2,70	Utafurth	21,40
Gerthe	30,90	Utrum	15,—
Hammerthal	46,50	Utockum	45,—
Helmstedt	83,84	Uormholz-Durckholz	117,90
Harpen	35,40	Uetichau	20,70
Hattingen	12,—	Uattensfeld	38,40
Haarhoff	10,70	Ualdenburg	225,90
Hamme	21,—	Uestensfeld	7,10
Heven	4,50	Uerben	26,—
Hettersfeldt	7,20	Uetrich	10,—
Hengsen	7,55	Uetrich	10,—
Hombroch	30,60	Uetrichstein	111,—
Hoffede	24,40	Uintersdorf	25,—
		Uinz-Baaf	35,20
		Uittien	10,—

Widern 1 und 5, Eppendorferhalde, Glinningfeld (Beitrag zu spät eingelangt), Herte, Herten, Holzhausen, Hattingen, Mengede, Ober-Sprockhövel, Ober-Golthausen, Duerenburg, Steele, Steintuhl, Stiepel, Sthburg, Ueberruhr, Teuchern und Ueckendorf.	
Gesamt-Einnahme:	
An Beiträge	3,492 Mark 32 Pfg.
Abonnenten	115 „ 60 „
Buchhandel	124 „ 66 „
Drucksachen	193 „ 10 „
Diverses	6 „ 95 „
Summa	3,932 Mark 63 Pfg.
Gesamt-Ausgabe:	
Verwaltung, Vorstand und Kontrolle	429 Mark 80 Pfg.
Redaktion, Zeitungs-Abon. u. Uter. Beiträge	511 „ 70 „
Bureau und Expedition	623 „ 90 „
Agitation	466 „ 65 „
Buchhandel	142 „ 90 „
Druckeret, Verbrauchs- u. Gebrauchsgegenst.	718 „ 65 „
Miethe	150 „ — „
Summa	3,043 Mark 10 Pfg.
Bilanz:	
Gesamt-Einnahme	3,932 Mark 63 Pfg.
Gesamt-Ausgabe	3,043 Mark 10 Pfg.
Ueberschuß	889 Mark 53 Pfg.

Vorstand absolut verlassen muß. Lassen uns die Zahlstellenleiter im Stich, dann kann der Vorstand die Agitation nicht fördern. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß unsere Mitglieder alles den Zahlstellenleitern überlassen sollen. Durchaus nicht, jeder soll helfen am Bau der Organisation, dann wird dieselbe auch gedeihen.
Zum Kostenabluß selbst bemerken wir, daß, wie auch aus der Bilanz zu ersehen, unsere Ausgaben für Agitation und Verwaltung ganz beträchtlich sind. Eine Reihe von Zahlstellen mußten reorganisiert, andere neu errichtet werden, was der Verbandsleitung große Opfer an Zeit und Geld kostete. Der Erfolg ist aber auch nicht ausgeblieben, denn eine Reihe von fast und ganz eingegangenen Filialen wurden im verfloffenen Quartal wieder hergestellt. — Auch die Agitation für die Reform im Knappenswesen nahm die Mittel des Verbandes stark in Anspruch. Doch sind auch diese nicht nutzlos vergeudet, wie jeder Kamerad aus dem frischen Leben, das augenblicklich in den Reihen der Knappenschaftsmittglieder herrscht, ersehen kann. Der Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, das Interesse für Besserung im Knappenswesen im weitesten Sinne erweckt zu haben.
Größere Aufwendungen hat der Vorstand auch für unser Verbands-Organ machen müssen, um den Wunsch der vorjährigen General-Versammlung, die Zeitung besser auszustatten, gerecht zu werden. Wir sind der Ansicht, daß auch in Bezug auf das Verbands-Organ wir die größeren Leistungen nicht zu bedauern haben.
Der getätigte Ueberschuß hätte größer sein können, wenn wir uns darauf beschränkten, nur das eingehende Geld aufzukäufen. Aber wir haben noch zahlreiche »dunkle Ecken« in denen wir nicht ernten können, ohne vorher zu säen. Wir lenkten unser Hauptaugenmerk auf die Verbreitung unserer Organisation, und haben da nach Möglichkeit nicht mit den Mitteln für die Agitation geknauert. Dies werden wir auch ferner thun, und versprechen wir uns im Laufe der Zeit immer mehr Erfolge unseres Wirkens.
Hiermit wollen wir unseren Bericht schließen. Nochmal's fordern wir unsere Freunde und Kameraden auf, energisch und unablässig mit uns für die Organisation zu wirken. Niemand darf erlahmen, besonders jetzt, wo sich allenthalben, an allen Verbandsorten ein Aufschwung bemerkbar macht. Nutzen wir die günstige Geschäftslage der Industrie aus, um die Organisation zu stärken, damit bei Eintreten der flauen Zeit ein mächtiger Verband die Grubenbesitzer davon abhält, ihre Macht in der ungehinderten Weise dem Arbeiter zu lassen. Sind wir uns alle einig in dem Bestreben, Besserung für die gesamte Vergarbeiterschaft zu erringen, dann wird sehr bald der so oft todtgejagte »alte Verband« unseren Gegnern zeigen, daß er lebt und immer leben wird.

Folgende Zahlstellen haben im verfloffenen Quartal mit der Hauptkasse nicht abgerechnet:
Altenbochum 1, Widern, Bommern, Beuthen, Deuben, Dort-

Die vorliegende Quartalsabrechnung läßt wie die vorige erkennen, daß sich unsere Organisation immer besser entwickelt. Der Ueberschuß von nahezu 900 Mark ist ein Beweis dafür, daß die von der letzten General-Versammlung getroffene Verwaltungsänderung eine für die finanzielle Lage des Verbandes günstige war. Groß ist der Ueberschuß wohl nicht, im Verhältnis zu den Ueberschüssen einzelner anderer Organisations. Aber unser Verband zahlt auch von allen deutschen Arbeiterorganisationen die niedrigsten Beiträge. Hinzu kommt, daß in den Reihen unserer Kameraden der gewerkschaftliche Gedanke noch nicht so fest Wurzel gefaßt hat, als daß wir über eine hinreichende Anzahl tüchtiger Ortsbeamten verfügten. Mit der Zeit wird dieses aber besser werden, Anzeichen dafür sind genug vorhanden. Heute sind immer noch einige Zahlstellen in nicht vollständig geordneten Verhältnissen, was auf die Kassensführung und Agitation sehr verschlechternd wirkt. In Zukunft aber hoffen wir das Beste.
Wir legen es hiermit unseren Ortsbeamten insbesondere ans Herz, recht energisch für unsere Sache einzutreten. Die Erziehung der letzten Zeit hat uns gelehrt, daß dort, wo wir einen tüchtigen und eifrigen Vertrauensmann haben, unser Verband immer mehr in die Höhe geht. Die Vertrauensleute sind im wahrsten Sinne die Stützen des Verbandes, auf welche sich der

Wir danken!
J. Brangenberg, Kassirer.

Öffentl. Vergarbeiter-Versammlungen

mit der Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des internationalen Vergarbeiter-Congresses finden statt:

Sonntag, 10. Mai. Bochum.

Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe. Fischer, Bahnhof Präsident. Die Kameraden von Bochum, Hamme, Hordel, Eidel, Aemte, Hoffede, Harpen und Gerthe sowie die Vertrauensmänner dieser Ortschaften sind eingeladen.
Der Einberufer.

Essen.

Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Wirths Kemper (Volkstheater). Die Ortschaften des Kreises Essen, wo nicht gewählt werden kann, sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Sonnradswaldau.

Sonntag, den 10. Mai 1896, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Wittmer

Öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation.
 2. Errichtung einer Zahlstelle des Verbandes der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter.
 3. Verschiedenes.
- Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Einberufer.

Öffentl. Vergarbeiter-Versammlungen

mit der Tages-Ordnung:
Das neue Knappenschafts-Statut und Verschiedenes finden statt:

Sonntag, den 10. Mai 1896: Linden.

Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Wirths Wolf zu Linden. Der Aelteste des hiesigen Sprengels, Herr Gust. Köhling, wird um gest. Berichterstattung in der Versammlung ersucht.
Recht zahlreicher Theilnahme, auch der Invaliden, sieht entgegen.
Der Einberufer.

Hengsen und Umgegend.

Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Wirths Hunkert.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Meufelwih.

Sonntag, den 10. Mai 1896, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Neupöderschau

Zahltag verbunden mit Mai-Feier.

Zahlreiches Erscheinen wünscht
Der Vertrauensmann.

Dortmund.

Verein. Zahlstellen des Verbandes deutscher Berg- u. Hüttenarbeiter feiern
Sonntag, den 25. Mai (2. Pfingstfeiertag), Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Reichelt, Beienstraße ein

gemeinsames Sommer-Fest
bestehend in
Concert und Ball.

Glinningfeld.
Sonntag, den 10. Mai 1896, Nachmittags 4 Uhr

Besprechung.
Sämmtliche Mitglieder erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Harpen.
Sonntag, den 10. Mai 1896, Nachmittags 7 Uhr, bei Wwe. Valentin Stang

Besprechung.
Sämmtliche Verbandsmitglieder sind hierzu eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Gerthe-Holthausen.

In folgenden Wirthschaften liegt unsere Zeitung offen:
Bruch und Brinkmann in Gerthe, Kämpfer in Holzhausen; Schuhmachermeister Giltrop ist Abonnent.
Dieses den Kameraden zur Beachtung

Waldbau in Holstein.

Ein schöner Waldbau von ca. 600 Morgen (eventl. weniger), dichtem Bestand, theils Eichen, Buchen, Birken, Fichten von durchschnittlich 50 Ctm. Stammdicke, unweit der Bahn Mittelholstein belegen, ist preiswerth für ca. 400 Mk. per Morgen zu verkaufen.
Besondere Kapitalanlage für Kapitalisten.
Näheres durch G. Petermann, Kiel, Ederförder Chaussee 4.